

Stadt will Flächen zurückkaufen

Herrenberg – Nach wie vor gibt es in Herrenberger Wohngebieten viele Baulücken. Die Stadt möchte jetzt mit den Eigentümern Gespräche darüber führen, ob sie diese Grundstücke veräußern oder verbindlich bebauen wollen. Hintergrund ist ein Ankaufsrecht, das der Stadt im Zuge der Umlegung eingeräumt worden war und nun zum Tragen kommen könnte.

VON DIETMAR DENNER

Insbesondere geht es um die Baugebiete Guldenäcker in Oberjesingen, Ländlen in Haslach und Holdergraben II in der Kernstadt. Dort gibt es zusammen noch 37 Baulücken. Bereits im Jahr 2013 hat der Gemeinderat die Verwaltung grundsätzlich ermächtigt, die ihr im Zuge der einstigen Umlegung eingeräumten Ankaufsrechte auszuüben – Ankaufsrechte, die zum Jahresende verjähren würden, sollte die Stadt jetzt nicht entsprechend handeln. Besagte Vorkaufsrechte kann die Stadt nunmehr ausüben, da die seinerzeit dafür festgelegte 15-Jahres-Frist nun ausläuft.

Indes: Wie Rainer Stingel, Leiter der Bauverwaltung im Technischen Ausschuss des Gemeinderats berichtete, macht die Stadt den betroffenen Grundeigentümern verschiedene Angebote: So kann die Frist zur verbindlichen Bebauung der jeweiligen Fläche um bis zu drei Jahren verlängert werden, wenn eine Bebauung durch Familienangehörige bevorsteht oder die Eigentümer bereit sind, das Grundstück zu veräußern und das Geld in ein Wohnbauprojekt der Stadt oder eines privaten Investors im Rahmen der städtischen Wohnbauförderung zu reinvestieren. Eine einjährige Verlängerung stellt die Stadt in Aussicht, wenn ein Verkauf des Bauplatzes an Dritte bevorsteht oder für ihn ein Erbbaurechtvertrag abgeschlossen wird.

Sollten die Grundeigentümer auf diese Angebote nicht eingehen, wird die Stadt das jeweilige Grundstück unverzüglich erwerben. Als Kaufpreis wird der noch vom Gutacherausschuss zu ermittelnde Verkehrswert zugrunde gelegt. Wie Stingel sagte, soll es zu dieser Thematik auch eine Infoveranstaltung geben.

Bei der Umsetzung des Vorhabens setzt die Stadt auf externe Hilfe: Das Büro Reschl Stadtentwicklung soll zum Preis von rund 20000 Euro die Eigentümergespräche führen und die Vereinbarungen abschließen. Der Technische Ausschuss begrüßte diese Vorgehensweise und stimmte einem entsprechenden Beschlussvorschlag der Verwaltung zu.